

Basta!

Nr. 1/April 1997

Basels starke Alternative



AZB
4005 Basel

Soll bald ein Drittel auf die Fürsorge?

1. Mai

Damit der 1. Mai nicht zum Tag der Arbeitslosigkeit wird: Hans Schächli, Vizepräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie, fordert eine unmissverständliche Politik für die soziale Demokratie.



Seit 1991 hat sich die wirtschaftliche Situation in der Schweiz drastisch verändert:

● Innert kürzester Zeit stiegen die Arbeitslosenzahlen massiv an. Im Januar dieses Jahres waren über 200'000 Personen ohne Erwerbsarbeit gemeldet, wobei die tatsächliche Erwerbslosigkeit in der Schweiz bei 300'000 Personen liegen dürfte.

● Prominente UnternehmervertreterInnen machen sich die Situation zu nutze und propagieren offen einen dramatischen Sozialabbau.

● So sind auch diejenigen, die noch Arbeit haben, verunsichert: Der Leistungsdruck ist massiv gestiegen. Viele arbeiten heute mehr für weniger Lohn, selbst in Betrieben, wo die Gewinne explodieren. Die Drohung des Verlustes des Arbeitsplatzes liegt in der Luft. Die Arbeit erscheint bald nur mehr als lästiger Kostenfaktor.

● Die Einkommensunterschiede nehmen rasch zu mit den bekannten Folgen, wie der Ausbreitung der neuen Armut. Die Lohnspirale dreht sich vorab für die Leute, die in prekären Verhältnissen arbeiten – und das sind immer mehr – drastisch nach unten.

Gerade in der heutigen Krise zeigt sich, wie wichtig die Erwerbsarbeit ist und

bleibt. Ein unfreiwilliger Ausschluss aus der Erwerbsarbeit hat oft gravierende Folgen für die Gesundheit, das soziale Leben und die soziale Sicherheit. Für die einzelnen verkörpert die Erwerbsarbeit heute immer noch die Grundlage für eine eigene, unabhängige Existenz. Wenn nur noch ein Teil der Erwerbsfähigen Arbeit haben, so droht die Zweidrittelsgesellschaft. Ein Drittel der Bevölkerung lebt dann in prekären Verhältnissen, immer wieder abhängig von der Fürsorge. In einer solchen Gesellschaft werden bald auch die demokratischen Rechte in Frage gestellt und die Zielsetzungen der Gleichstellung der Frauen sind ebenfalls schwer zu realisieren. Aus diesen Gründen müssen unsere vier wichtigsten Ziele sein:

1. Die Arbeit muss umverteilt werden durch eine massive Arbeitszeitverkürzung in den verschiedensten Formen.

2. Es müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen.

3. Der Sparhysterie müssen wir entschieden entgegenzutreten, nicht nur, wenn sie von Seiten der Rechten kommt.

4. Initiativen zur Qualifizierung – vorab für weniger qualifizierte Leute und Arbeitslose – müssen von uns gefordert und unterstützt werden.



Initiativ

Editorial

Sie haben ein Projekt! Und wir?

Sie wollen Basel zum Zentrum der Gen- und Biotechnologie machen, zur Verkehrsdrehscheibe und Messestadt. Sie setzen voll auf Chemie, Globalisierung, Standortkonkurrenz, Restrukturierung und den Abbau von öffentlicher Kontrolle. Auch Basel soll idealerweise zu einem wirtschaftlichen „Tiger“ werden.

Welches sind unsere Prioritäten? Dieses neu vier Mal jährlich erscheinende Bulletin zeigt jeweils einige Basta!-Schwerpunkte. Nicht Aktiengewinne sind unser Ziel, wir wollen sinnvolle Arbeit für alle und eine gerechte Verteilung der Reichtümer und Lebenschancen. Wir stellen der Allmacht des Wettbewerbs die Solidarität gegenüber. Wir setzen auf Demokratie und nicht auf Profitmaximierung. Dafür werden wir initiativ: Basta! plant zwei Volksinitiativen – mehr dazu auf den Innenseiten.

Mit „quand même Bâle, je t'aime“, verabschiedete sich unser ex-Baudirektor. Wir schliessen uns dem an – für einmal – und lassen die Basta!-Party 97 unter diesem Motto steigen. Lassen Sie sich in der Nacht zum 1. Mai überraschen!

Martin Engel

bezahlt?

Warum wir profitable Unternehmen, die Personal abbauen, zur Kasse bitten wollen.



Die neue Basler Regierung hat angekündigt, dass sie bis Ende April Vorschläge unterbreiten wird, wie das Defizit der Staatsfinanzen bis zum Jahr 2000 auf unter 100 Mio Franken gedrückt

werden soll. Dabei wird sie wahrscheinlich nur die Ausgaben zu senken versuchen. Von den Steuerausfällen ist kaum je die Rede, die einen grossen Teil der Defizite verursacht haben. Mit drei Steuergesetzesrevisionen sind seit 1989 die Einnahmen um rund 200 Mio Franken pro Jahr reduziert worden. Ohne diese Steuersenkungen hätten wir bis 1995 keine Defizite gehabt.

Die Ausgaben, auf der anderen Seite, haben real abgenommen. Zugenommen haben aber die Ausgaben für Investitionen. Ein gewisses antizyklisches Verhalten des Staates in der Krise ist durchaus sinnvoll. Investitionen sollen unserer Meinung nach dort getätigt werden, wo sie:

- a) nötig sind (z.B. der Schulhausbau),
- b) der Substanzerhaltung und Verbesserung dienen (staatliche Liegenschaften soll man so sanieren, dass sich auch der Energieverbrauch reduziert),
- c) wo sie dazu dienen, die Wohnlichkeit und Attraktivität unseres Kantons zu verbessern (Verkehrsberuhigung, Grünflächen, kulturelle Angebote) und
- d) wo sie sinnvolle Arbeitsplätze schaffen, in Bereichen, die zukunftsträchtig, umwelt- und sozialverträglich sind.

Dafür braucht der Staat neue Einnahmen, die wenigstens einen Teil der Ausfälle kompensieren, die durch Steuersenkungen und krisenbedingt entstanden sind.

BastA! diskutiert zur Zeit die Lancierung einer Initiative, welche von Firmen eine Abgabe verlangt, die gleichzeitig Gewinne erzielen und trotzdem Personal abbauen. Ein bestimmter Prozentsatz der abgebauten Lohnsumme müsste bezahlt werden, um den Schaden für die Allgemeinheit decken zu helfen. Eine solche Steuer würde diejenigen nicht betreffen, die mangels Aufträgen Personal entlassen müssen, um nicht in die roten Zahlen zu kommen.

Mit einer Personalabbau- oder Rationalisierungsteuer wollen wir den Anreiz verkleinern, Personal abzubauen. Und mit dieser Abgabe soll die Schaffung neuer, ökologisch sinnvoller Arbeitsplätze – mindestens teilweise – finanziert werden.

Rita Schiavi



Nur stärkende Nahrung kann der defizitären Patientin Basel helfen

Ein ökologisches Investitionsprogramm?

Initiative 2

Die Arbeitslosigkeit mit Umweltmassnahmen bekämpfen: BastA! plant die Lancierung einer Volksinitiative.



Basel braucht ein ökologisches Investitionsprogramm, davon sind wir überzeugt und lancieren noch vor den Sommerferien eine kantonale Initiative. Eine solche Initiative könnte etwa folgenden Inhalt haben:

Der Kanton Basel Stadt wird verpflichtet, während der nächsten 10 Jahre nach Annahme der Initiative zusätzlich zum ordentlichen Investitionsprogramm jährlich 50 Mio. Franken für ein ökologisches Investitionsprogramm auszugeben. Damit sollen Massnahmen finanziert werden, welche zum Beispiel folgenden Zielen dienen: Reduktion des Energieverbrauchs, Abfallvermeidung, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsberuhigung, Sanierung von Altlasten, Reduktion von Schadstoffemissionen, Verbesserung der Stoffeffizienz, Lärmschutz.

Dabei kann es sich sowohl um direkte Investitionen der öffentlichen Hand wie auch um Beiträge an private Investoren oder um Förderbeiträge für Forschung und Entwicklung handeln. Während zehn Jahren könnten so nachhaltige Impulse für die regionale Beschäftigungslage wie auch zu Gunsten der Ökologie gegeben werden.

Unser Vorschlag ist vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen zu sehen. In BastA! sind wir uns einig, dass die Arbeitslosigkeit eines der drängendsten Probleme der Gegenwart darstellt, und zwar nicht nur im Hinblick auf die direkt Betroffenen, sondern auch auf

die Gesellschaft als Ganzes. Die mit der Arbeitslosigkeit einhergehende Zerrüttung gesellschaftlicher Strukturen schafft letztlich bloss rechtspopulistischen Demagogen in die Hände. Massnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit erachten wir deshalb als absolut dringlich. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, welche wirtschaftspolitischen Instrumente uns auf kantonaler Ebene überhaupt zur Verfügung stehen, und das sind nicht sehr viele.

Der Initiativvorschlag fordert nichts Revolutionäres. Wir greifen auf ein altes Konzept zurück, das vom Staat fordert, in Krisenzeiten zu investieren, um die Nachfrage zu stärken. Sparmassnahmen hingegen verschärfen die Krise zusätzlich. Neu an unserem Vorschlag ist, dass wir dem Investitionsprogramm eine ökologische Stossrichtung geben.

„Die mit der Arbeitslosigkeit einhergehende Zerrüttung gesellschaftlicher Strukturen schafft letztlich bloss rechtspopulistischen Demagogen in die Hände.“

Es ist uns bewusst, dass der vorliegende Vorschlag keine radikale Antwort auf das Problem der Arbeitslosigkeit darstellt. Weder die Marktmechanismen noch die kapitalistischen Strukturen werden angetastet. Diese scheinbaren Mängel haben aber auch ihr Positives: Ein solches Investitionsprogramm wäre innert nützlicher Frist realisierbar und könnte damit einen konkreten Beitrag zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit leisten. Eine Studie, die von der Gewerkschaft Bau und Industrie in Auftrag gegeben worden ist, bestätigt, dass ein derartiges Investitionsprogramm in beträchtlichem Ausmass beschäftigungswirksam wäre.

ren werden angetastet. Diese scheinbaren Mängel haben aber auch ihr Positives: Ein solches Investitionsprogramm wäre innert nützlicher Frist realisierbar und könnte damit einen konkreten Beitrag zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit leisten. Eine Studie, die von der Gewerkschaft Bau und Industrie in Auftrag gegeben worden ist, bestätigt, dass ein derartiges Investitionsprogramm in beträchtlichem Ausmass beschäftigungswirksam wäre.

Martin Flückiger

Selbsthilfe gegen die Krise

Arbeit

Neue selbstverwaltete Arbeitsplätze jenseits der globalisierten Wirtschaft: Arbeitslose schaffen eine „soziale Ökonomie“.



1993, als die Nachfrage nach Arbeitskräften praktisch auf Null sank, lud die Kontaktstelle für Arbeitslose zu Aktionen der Selbsthilfe ein. Ein neu gegründetes Arbeitslosenkomitee gab in kurzer Zeit die Arbeitslosenzeitung „Stempelkissen“, heute das Strassenmagazin „Surprise“ mit einer Auflage von 5'000 Exemplaren, heraus. Bald darauf konnte ein PC-Arbeitsraum mit vier Arbeitsplätzen angeboten werden. 1995 wurde die Phönix-Druck Genossenschaft gegründet. Das Angebot der Druckerei mit zwei Arbeitsplätzen umfasst Computer- und Bleisatz, Offset- und Buchdruck sowie die Weiterverarbeitung wie schneiden, rillen, stanzen, perforieren. Unzählige kleine und grössere Aktionen, vor allem rund um das Zeitungsprojekt boten bisher über dreihundert Erwerbslosen sich in neuen Gebieten auszuprobieren und soziale Kompetenzen wie Arbeiten im Team, Streitkultur, Projektentwicklung anzueignen. Zur Zeit stehen zwei Geschäfte in Bearbeitung: Jüngere Erwerbslose entwickeln Produkte im Bereich der digitalen Medien. Ein erstes Produkt ist die Webseite VIAVIA.CH.

Eine weitere Arbeitsgruppe wird demnächst einen Tauschring anbieten. Damit sollen vor allem Erwerbslosen im bargeldlosem Tausch von Arbeit und Dienstleistungen die Möglichkeit gegeben werden, sich wieder in einem sozialen Netz bewegen und Dinge leisten zu können, die durch die Krise eingespart werden mussten.

Finanziert wird der grösste Teil der Arbeit durch Eigenleistung und Spenden von privater Seite. Einzig die Beratungstätigkeit

wird jährlich mit Fr. 18'000.- durch den Kanton unterstützt. Die prekäre finanzielle Situation stellt natürlich die gesamte Arbeit immer wieder in Frage.

Dies veranlasste das Arbeitslosenkomitee 1996 eine Petition zu lancieren, mit der Forderung nach kantonomer Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten. Gleichzeitig waren wir Mitbegründer des Fördervereins 'Soziale Ökonomie', welcher sich zum Ziele gesetzt hat, durch eine ökonomische Vernetzung von demokratisch organisierten Betrieben und Vereinen, in der gegenseitigen Stärkung eine nachhaltige und beschäftigungsinten-

sive Wirtschaft zu entwickeln.

sive Wirtschaft zu entwickeln.

Wir versprechen uns von der sozialen Ökonomie, eine Möglichkeit Betriebe und gemeinnützige Initiativen auf solidarischer Basis und nicht in Konkurrenz gegeneinander aufzubauen, zu sichern und auszuweiten.

Die soziale Ökonomie geht von der Idee aus, dass der Mittelabfluss in die globalisierte Wirtschaft verringert werden muss. Damit kann wirksam die Abhängigkeit von ihr bekämpft und gleichzeitig der Mittelzuwachs der Betriebe auf lokaler und regionaler Ebene erweitert werden.

Hans-Georg Heimann

Teamleiter Kontaktstelle für Arbeitslose

se



Solidarität

Umverteilen!

„Wer hat, dem wird gegeben...“ Wir wollen das Geld für sinnvolle neue Arbeitsplätze dort holen, wo es ist – bei den MillionärInnen.



BastA! hat einstimmig beschlossen, die Initiative „Umverteilung des Reichtums statt Erwerbslosigkeit“ im Abstimmungskampf zu unterstützen. Die Initiative verlangt die Einrichtung eines Solidaritätsfonds, der Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen zur Verfügung stellt. Diese Arbeit könnte z.B.

ökologisch sinnvolle Renovationen, bis jetzt unbezahlte Frauenarbeit wie Kinder-, Altersbetreuung, Arbeit mit Jugendlichen oder Arbeit für SchulabgängerInnen bedeuten. Das Geld für diesen Fonds soll durch einen Solidaritätsbeitrag auf hohe Vermögen – das heisst steuerbare Vermögen über 100'000 Fr. nach allen Abzügen – zustande kommen. Zusätzlich sollen das Kapital über 10 Mio. Fr. und die Erträge von juristischen Personen besteuert werden.

Der voraussichtliche Ertrag dieser Steuern wird für Basel-Stadt auf 90 Mio. geschätzt, damit können circa Tausend neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Betroffen von dieser Solidaritätsabgabe ist eine Minderheit der Steuerpflichtigen und wirklich zur Kasse gebeten werden nur MillionärInnen. Einige Beispiele dazu: Bei einem steuerbaren Vermögen von 100'000 Franken würde der Solidaritätsbeitrag für Verheiratete ganze 7, für Ledige 14 Franken betragen! Bei einer Million steuerbarem Vermögen müssten Verheiratete 700, Ledige 1'400 Franken bezahlen und erst bei einem Vermögen von 30 Millionen kämen 330'000 Franken für den Solidaritätsfonds zusammen.

Heidi Mück

In der Nacht
zum 1. Mai:

BastA! Party

«Quand même
Bâle...»

mit
Roli Frei and the soulful desert
+ special guests
DJ Dänu Boemle + DJ Jellybean
Afterhours- + Springbar

Mi. 30. April
Sudhaus
Warteck
20 bis 03 Uhr

☐ Ich interessiere mich
für BastA! Schickt mir mehr
Unterlagen.

☐ Ich möchte regelmässig von
BastA! hören. Ich spende min-
destens Fr. 50.- und bekomme
den detaillierten BastA!-
Versand.

☐ Ja, ich will Mitglied von BastA!
werden und bezahle einen
monatlichen Beitrag von

Fr.

(Richtgrösse ist 1% des
Nettoeinkommens der
Minimalbeitrag für Leute ohne
Einkommen beträgt
Fr. 10.- pro Monat).

☐ Ich unterstütze BastA! als
GönnerIn, schickt mir
Einzahlungsscheine.

Name:

Vorname:

Strasse:

Adresse:

Telefon/Fax:

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Neue Wege in der Integrationspolitik

Migration

Der Zuzug von ausländischen Menschen ist ein Faktum: Was ist zur
Realisierung von gleichen Chancen für alle notwendig?



Eine BastA!-Arbeitsgruppe arbeitet an neuen Ansätzen für eine solidarische Migrationspolitik. Grundlage dafür könnte ein Konzeptentwurf der eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) sein. Was beinhaltet dieses Integrationskonzept? Eine Zusammenfassung:

Das Konzept aus Bern formuliert integrationspolitische Grundsätze und betrachtet die Integration als gesellschafts- und staatspolitische Aufgabe. Zentral sind dafür die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Bildung, Freizeit und das Zusammenleben sowie die politische Mitsprache und Mitverantwortung.

**Zentrale Vorgabe ist
die rechtliche Gleich-
stellung in allen Le-
bensbereichen**

Die Integration könne nicht nur der Eigenverantwortung des Einzelnen überlassen werden und der Staat sei verantwortlich für entsprechende Rahmenbedingungen und Zielvorgaben. Zentrale Vorgaben zu einer Integrationspolitik seien die Teilnahme der ausländischen Bevölkerung am Gesellschaftsleben, die Chancengleichheit und rechtliche Gleichstellung in allen Lebensbereichen sowie Mitverantwortung und Mitsprachemöglichkeiten. Eine transparente Integrationspolitik sei ein wesentlicher Bestandteil zur Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Es wird festge-

stellt, dass die in der Schweiz existierenden vier kantonalen und die achtzehn städtischen Ausländerkommissionen insbesondere durch Sparmassnahmen in ihrer Arbeit eingeschränkt werden.

Auch im Einbürgerungsbereich seien Verbesserungen angebracht, dies bedeute im weitesten Sinne, dass einer vollen politischen Mitbestimmung auf eidgenössischer, kantonalen und kommunaler Ebene der Weg zu ebnen sei.

Die Bildung konsultativer AusländerInnenorgane soll trotz der verbreiteten Skepsis gefördert werden. Erwünscht seien zudem effiziente und dialogbereite AusländerInnenvereine.

Auf nationaler Ebene soll ein Bundesamt für Integration geschaffen werden, ein grosser Teil der Umsetzung liegt aber bei den Kantonen und Gemeinden. Auf nationaler Ebene müssten für eine aktive Integrationspolitik etwa 15 Mio Franken jährliche Kosten gerechnet werden.

Für Basel geht es jetzt darum konkrete Schritte zu entwickeln, wie die Integration der ausländischen Bevölkerung endlich an die Hand genommen werden kann. Ob dieses Konzept aus Bern eine Basis sein könnte, wird eine kritische Auseinandersetzung damit weisen.

Zeynep Yerdelen

Veranstaltungen

Mi. 23. April

„Genschutz-Initiative: Gefahr für unsere Arbeitsplätze oder notwendige Einschränkung für Forschung und Produktion“, öffentliche Mitgliederversammlung mit Florianne Koehlin (Mitinitiantin der Genschutz-Initiative) und Bernd Koerner (GBI, Arbeiterkommission Novartis)
● 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1

So. 27. April

„Spargeln, rot-grün angerichtet“ – Grosses Spargelessen mit Spielnachmittag für gross und klein
● ab 12.30 Uhr, Kuppel, Binningerstr. 14

Mi. 30. April

BastA!-Party „Quand même Bâle...“, mit Liveband, Disco, Bar und Specials, in der Nacht zum 1. Mai (siehe oben)
● ab 20 Uhr, Sudhaus Warteck, Burgweg 7

Sa. 10. Mai

Aktionstag gegen Armut und Ausgrenzung
● ab 14 Uhr, Kaserne, Klybeckstr. 1

Di. 27. Mai

Vorankündigung: öffentliche Mitgliederversammlung „Verkehrsberuhigung“

Impressum: Nr. 1/April 1997. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich. Abo: Fr. 20.-, Redaktion: Martin Engel, Druck: Rumzeis Basel